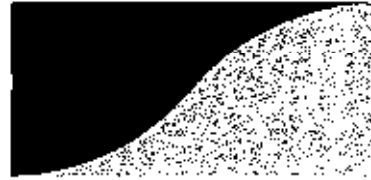


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08
Telefon: (02 28) 21 90 33/39
Telex: 08 86 846 pbbn d



Inhalt

36. Jahrgang / 175

15. September 1981

Heinz Rapp MdB fragt nach der durchgängigen Philosophie der Spar- und Strukturgesetze.

Seite 1-3

Werner Weimann MdL, Stellvertretender Vorsitzender der baden-württembergischen SPD-Landtagsfraktion, spricht sich für mehr Treffsicherheit unseres Sozialleistungssystems aus.

Seite 4/5

Dr. Klaus Kübler MdB fordert Preissenkungen bei Benzin und Heizöl um zehn Pfennige pro Liter.

Seite 6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 812-1

Jetzt muß "die Botschaft" überkommen....

Vor der ersten Lesung der Spar- und Strukturgesetze

Von Heinz Rapp MdB

Als in den hinter uns liegenden Wochen und Monaten des "Sommertheaters" die veröffentlichte und weithin auch die öffentliche Meinung einerseits sich in mitunter fast masochistisch anmutenden Bekenntnissen zum Großen Sparen erging, andererseits aber jede Überlegung, jeden Vorschlag, wie das konkret zu machen sei, unter Beschwörung aller erdenklichen Untergänge nahezu unbesehen miesmachte, hat einer der Beobachter der Szene gemeint, darin komme eine moralische Krise unserer Gesellschaft zum Ausdruck: das St. Florians-Prinzip als allgemeine Denkart der Nation.

Ich glaube nicht, daß eine solche Verweisung von "Schuld" ins Anonyme den Kern der Sache trifft. Vielmehr ist zu beklagen, daß es nicht gelungen ist, eine "Botschaft", eine durch die Details der Einzelmaßnahmen hindurchgehende Perspektive, eine "Philosophie" (wie wir zu sagen uns angewöhnt haben) zu formulieren und sie den gerade darauf wartenden Bürgern nahezubringen. Daß das zähe Ringen um eben die Einzelmaßnahmen und das Ergebnis dieses Ringens Respekt verdienen, sei ausdrücklich festgehalten - daß es an der Orientierung darüber fehlte, was all die punktuellen Einzelmaßnahmen zusammenhalten und worauf das ganze hinauslaufen soll, allerdings auch. Die Dissonanz der Stimmen war unvermeidlich und ein gewisses Maß an Verwirrung - "was gilt nun eigentlich?" - auch; sie hätte freilich nicht so tief zu gehen brauchen, wenn, ich sag's mal so, "ein bißchen mehr Botschaft" - Perspektive, Zuversicht, Appell - mit übergekommen wäre.

Die FDP scheint diesen Mangel empfunden zu haben - ihre Parole von der Trendwende, der Tendenzwende, hat die SPD



unvorbereitet getroffen: Es war falsch und konnte nicht gutgehen, diesen semantische Streit mit der Attitüde des Business as usual bestehen zu wollen. So ist der Eindruck entstanden, daß im Heerzug der Koalition die SPD die Lasten aus den Beschlüssen schleppt und die FDP vorneweg das Banner der großen Worte trägt.

Denn Business as usual - darum handelt es sich bei dem, was jetzt ansteht und geleistet werden muß, gerade nicht; wer die Bürgerinnen und Bürger damit besänftigen wollte, unterschätzte und unterforderte sie: Die Menschen sind da in ihrem Bewußtsein weiter. Noch weniger aber kann es sich handeln um einen "Bruch der Gesellschaftsphilosophie" (wie das Stichwort von der Großen Wende wohl suggerieren will). Im Gegenteil: Nicht weniger, eher mehr "Sozialdemokratie" ist gefordert, wenn es jetzt gilt, sich auf die gewandelten wirtschaftlichen Gegebenheiten und Voraussetzungen einzustellen.

Wir alle, geben wir's zu, kommen aus einer Zeit und waren durch den Geist einer Zeit geprägt, der sich aus der Erwartung immerwährenden Wirtschaftswachstums nährte. Das jährliche Mehr und Mehr und Mehr war zu einer Art deutscher Weltanschauung geworden - je konservativer die Leute, desto hartnäckiger (der Kampf der CDU/CSU gegen den in der SPD früh artikulierten Wachstumsskeptizismus trug Züge pseudo-religiösen Eiferertums). Zu jener Zeit war es angemessen, den im Godesberger Programm unserer Partei herausgehobenen Grundwerten der Freiheit, der Gerechtigkeit, der Solidarität dadurch Geltung zu verschaffen, daß wir einen guten Teil des jährlichen Wohlstandszuwachses für den Auf- und Ausbau der Sozialen Sicherheit nutzten. Diese unsere Politik ist ja nicht falsch geworden dadurch, daß jene Weltanschauung der immerwährenden Wohlstandsmehrung in der Ölpreiskrise und durch die von ihr ausgelösten weltweiten Konjunktur- und Strukturprobleme einen Knacks bekommen hat. Es ist der nämliche Wille zu Sozialstaatlichkeit und für eine solidarische Gesellschaft, der uns damals zum Ausbau des Sozialstaates herausforderte und der uns heute die Sicherung des Erreichten abverlangt. Da wird nicht Solidarität aufgekündigt, da findet kein Bruch der Sozialphilosophie statt; vielmehr gilt es, in der Kontinuität solidarischen Handelns, das immer situationsbezogenes Handeln sein muß, den Kernbestand des Erreichten zu sichern und zu festigen.

Bundeskanzler Helmut Schmidt hat am 3. Juni 1981 im Bundestag den Orientierungsrahmen 85 der SPD zitiert, als er genau dies verdeutlichen wollte: Weder "Business as usual" noch "Zäsur", wohl aber Solidarität, soziale Gerechtigkeit und Sachgerechtigkeit auch und gerade dann, wenn es gilt, das, was wir uns leisten, anzupassen an das, was wir uns leisten können.



Auf den so zu sichernden und zu festigenden Grundlagen gilt es des weiteren, bei dem, was wir uns leisten können durch ein gewisses Maß an Umschichtung weg vom Konsum und hin zur Investition Zukunftsvorsorge zu treffen. Auch dazu - zur Bewältigung des unserer Wirtschaft abverlangten Strukturwandels - wird es erforderlich sein, daß wir als Volk ein bißchen enger zusammenrücken.

Die Bürgerinnen und Bürger wissen das, sie verstehen das - sie wollen sich darin wiedererkennen in dem, was ihnen die Politiker sagen. Die Menschen erkennen die Chance, daß wir uns durch sparsameres Wirtschaften auch zu intelligenterem, zu wirksamerem Wirtschaften herausfordern lassen können. Unser Volk hat sich eine Generation lang als eine Bürgergemeinschaft der Vernunft, der Einsicht und der Zuversicht bewährt. Es ist mit vielen und wechselnden Herausforderungen und vielfältigem Wandel grundlegender Voraussetzungen und Bedingungen unserer politischen und wirtschaftlichen Existenz so fertig geworden, daß es sich vor den Augen der Welt ein Zeugnis der Reife ausgestellt hat. Auf diesen Appell warten die Menschen - Appell

- an ihre Vernunft: Was wir vorhaben ist - Verbesserungen bleiben anzustreben - problemgerecht, sachgerecht, sozialgerecht
- an ihre Einsicht: Verbale Bekenntnisse zu den großen Zielen und Miesmacherei zu allem, was einen selber betrifft, hilft nicht weiter
- an ihre Zuversicht: Gemeinsam werden wir mit unseren Problemen fertig werden, wie wir bisher mit ihnen fertig geworden sind - ein bißchen besser sogar als fast alle anderen.

Sorgfältige gesetzgeberische Detailarbeit - "Maßnahmenpolitik" - muß natürlich sein, aber sie genügt nicht: Jetzt muß "die Botschaft überkommen". Ein junger Unternehmer hat sie neulich auf sich bezogen so formuliert: "Wer in einem so guten Hause wohnt wie der Bundesrepublik Deutschland, der soll dafür auch eine ordentliche Miete zahlen". Lassen wir uns also nicht in eine "moralische Krise der Gesellschaft" hineinreden.

Völlig verfehlt wäre es, wenn die Koalition in den anstehenden Auseinandersetzungen nur vom Versagen der Opposition "leben" wollte. Im Diskussionsprozeß der Koalition hat es Tiefpunkte gegeben (der tiefste: Verdoppelung der Mehrwertsteuer für Bücher und Zeitschriften). Solidarität der Demokraten ist eine gute Sache - aber so war sie ja eigentlich nicht gemeint, daß die Opposition das Niveau der Tiefpunkte der Koalition noch unterschreiten müsse...
(-/15.9.1981/ks/hgs)

+ + +



Soziale Hilfen künftig nur noch für wirklich Bedürftige

Die baden-württembergische SPD war mit Initiativen vorn

Von Werner Weimann MdL

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im baden-württembergischen Landtag

Die Wachstumsraten und damit auch die Verteilungsspielräume sind geringer geworden. Gleichzeitig hat die Zahl derer, die auf eine funktionierende soziale Daseinsvorsorge angewiesen sind, zugenommen und sie wird bei objektiver Betrachtung der Gegebenheiten und der sich abzeichnenden Entwicklung noch weiter zunehmen.

Welche Konsequenzen ergeben sich aus den veränderten ökonomischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Sozialpolitik? Leitet sich aus ihnen nicht die Notwendigkeit ab, über neue Maßstäbe, neue Ziele nachzudenken? Können oder müssen sie nicht Anstoß zu einer besseren Gestaltung der sozialen Ordnung sein?

Wir treten für eine moderne zukunftsweisende Sozialpolitik ein, die mehr Gerechtigkeit und mehr Freiheit für den Einzelnen bewirkt, zugleich aber ein solides finanzielles Fundament hat. Dazu gehört, daß ungerechtfertigte Privilegien abgebaut, Ungerechtigkeiten beseitigt werden.

Dazu gehört auch, daß möglichst viele Bürger ohne die Inanspruchnahme von sozialen Hilfen leben können. Wir müssen zum Beispiel künftig verhindern, daß - wie im Bereich der LVA-Württemberg im Jahre 1979 - 56 Prozent der Versicherten aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Daraus folgt, daß sich die Sozialpolitik konsequent vom Grundsatz "Vorbeugen ist besser als Heilen" leiten lassen muß.

Wir brauchen auch ein Sozialleistungssystem, das diejenigen erreicht, die tatsächlich bedürftig sind, also weniger Mitnehmereffekte und mehr soziale Treffsicherheit.

Wir müssen soziale Ressourcen, die vorhanden sind, fördern und entwickeln. Ein politisches Klima muß geschaffen, Organisationsformen müssen gefunden werden, die soziale Nachbarschaft, Handeln für die Gemeinschaft möglich machen. Insbesondere innerhalb der jungen Generation ist nach meiner Überzeugung die Bereitschaft groß, sich für den hilfsbedürftigen Mitmenschen einzusetzen. Wir müssen der jungen Generation insgesamt mehr Alternativen anbieten.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat in dieser Legislaturperiode bereits zahlreiche Initiativen ergriffen, die auf den Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit und der freien Entfaltung des Einzelnen beruhen. Beispielgebend sind:

- Der Gesetzentwurf über die Einführung des Bildungsurlaubs für Arbeitnehmer,
- das Ausländerkonzept,
- die Diskussion mit den Jugendverbänden des Landes über die landesweite Einrichtung von Jugendsozialstationen,
- der kostenlose Kindergarten,

- die Förderung des Wohnungsbaus,
- die Einrichtung von Ganztagschulen.

Mit dem Bildungsurlaub soll den Arbeitnehmern die gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglicht werden. Bildung - und das schreibe ich hier noch einmal mit aller Deutlichkeit - darf nicht mehr länger ein Privileg für Akademiker sein.

Das Ausländerkonzept verfolgt das Ziel, bestehende rechtliche und gesellschaftliche Benachteiligungen der ausländischen Mitbürger abzubauen. Diese sollen befähigt werden, unter Wahrung ihrer Identität am sozialen, kulturellen und politischen Leben teilzunehmen. Denjenigen, die auf Dauer bei uns bleiben wollen, soll die gesellschaftliche Integration ermöglicht werden.

Die Diskussion über die Einrichtung von Jugendsozialstationen verfolgt das Ziel, das innerhalb der jungen Generation vorhandene Sozialleistungspotential zu aktivieren und für die junge Generation zusätzliche Angebot zur Dienstleistung in der Gemeinschaft zu entwickeln. Dabei kann es nicht darum gehen, zusätzlich eine finanziell aufwendige Jugendbürokratie zu schaffen, sondern die bereits bestehenden Träger der Jugendarbeit zu stärken und ihnen neue Wege für ein jugendpolitisches Engagement zu erschließen.

Mit dem kostenlosen Kindergarten, der verstärkten Förderung des Wohnungsbaus sowie der bedarfsgerechten Einrichtung von Ganztagschulen soll eine spürbare und kontinuierliche Entlastung der Familie erreicht werden.

Die Lebensqualität in einer Gesellschaft hängt nicht nur vom privaten Wohlstand ab - vor allem dann nicht, wenn er ungerecht verteilt ist - sondern immer mehr davon, was und wieviel die Gemeinschaftseinrichtungen leisten können und wieviel gute Nachbarschaft und welches geistig-politisch-soziale Klima es in dieser Gemeinschaft gibt. Die SPD wehrt sich deshalb dagegen, daß immer wieder nur der private Wohlstand als ein erstrebenswertes Ziel dargestellt und öffentlicher Wohlstand durch eine unsachliche Bürokratiekritik denunziert wird. Sie will den modernen Sozialstaat, der Gerechtigkeit schafft, der Freiheit sichert und ausbaut. Dazu bedarf es jedoch einer öffentlichen Daseinsvorsorge, weil die Kräfte des Marktes bei dieser Aufgabe überfordert wären, abgesehen davon, daß sie unprofitable soziale Dienste gar nicht leisten würden. Weniger Staat bedeutet nicht mehr Freiheit. Vor allem nicht für die Schwachen und Benachteiligten. Das ist insbesondere an die Adresse derjenigen in der CDU gerichtet, die öffentliche Leistungen als gesellschaftliche Schwäche abtun.

(-/15.9.1981/hi/va)

+ + +

Benzin und Heizöl um zehn Pfennig runter

Die Mineralölindustrie muß ihre sinkenden Kosten weitergeben

Von Dr. Klaus Kübler MdB

Der erheblich gefallene Dollarkurs, die sinkenden Rohölpreise - bei einem Überangebot von Öl auf den Weltmärkten - müssen als Preiskorrektur nach unten bei Benzin und Heizöl weitgegeben werden. Ich betone: nicht nur beim Benzin, sondern auch beim Heizöl.

Die Begründung von Teilen der Mineralölindustrie, sie müsse aus Konkurrenzgründen zu den freien Tankstellen und den Supermarkt-Tankstellen mit den Preisen runtergehen, mag einer der Gründe sein. Der Hauptgrund aber scheint offensichtlich der zu sein, daß die Verbraucher nicht mehr bereit sind, so weiter mitzumachen.

Wenn die Mineralölindustrie ein Interesse daran hat, ihre Glaubwürdigkeit zu verbessern - und dies sollte in einer marktwirtschaftlichen Ordnung einen Marktwert darstellen - dann müssen jetzt Benzin- und Heizölpreise erheblich gesenkt werden.

Mag auch das Argument zutreffen, daß schlecht ausgelastete Raffinerie-Kapazitäten inländisch das Benzin verteuern, so kann dies nicht vom Verbraucher getragen werden, sondern hier müssen unternehmerische Strukturentscheidungen umgehend fallen.

Die OPEC-Länder sind schon längst nicht mehr die Buhmänner der Nation; die Mineralölindustrie sollte es vermeiden, ihren Kredit in der Öffentlichkeit ganz zu verspielen. Dazu gehört, daß sie jetzt ihre Kostensenkungen voll an den Verbraucher weitergibt.

Preissenkungen von zwei Pfennig, und dies auch zunächst nur regional, reichen nicht aus. Eine Preissenkung von zehn Pfennig auf Benzin und entsprechend bei Heizöl ist fällig.

Im übrigen wird der Ruf beim Bürger, wo das Kartellamt bleibe, immer lauter. Es ist zu hoffen, daß die Politiker das Kartellamt mehr in die Pflicht nehmen. So gab Staatssekretär Grüner zu verstehen, daß "ein starkes Indiz für mißbräuchlich überhöhte Preise bei Benzin und Heizöl gegeben wäre, wenn bei erheblich sinkendem Dollarkurs das Preisniveau für diese Mineralölprodukte nicht gleichfalls fallen würde".
(-/15.9.1981/bgy/hgs)

+ + +

